

*Ekaterina Dorodnova**

Große Erwartungen an die armenische Revolution: Demokratie versus Stabilität?

Einführung

Im vorliegenden Beitrag wird eine der bemerkenswertesten Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre in Armenien näher untersucht und erörtert. Anders als viele andere Ereignisse, die die Stabilität des Landes seit der Erlangung der Unabhängigkeit erschütterten, riefen die gewaltlosen, aber dennoch revolutionären Ereignisse vom April 2018 nicht nur in Armenien, sondern auch weit jenseits seiner Grenzen ein positives Echo hervor.

Einhalb Jahre später gilt der friedliche Machtwechsel in Armenien noch immer weitgehend als unbestreitbare Errungenschaft beim Aufbau der Demokratie. Er hat in vieler Hinsicht selbst die optimistischsten Erwartungen nationaler und internationaler Beobachter übertroffen. Dennoch nehmen tiefverwurzelte und systemimmanente Probleme bei der Gewährleistung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Landes zu, und viele sind trotz der hohen Erwartungen, die an die neue Regierung gestellt werden, noch immer ungelöst.

Vor dem Hintergrund des hohen Tempos, der Komplexität und der Unwägbarkeiten dieser Entwicklungen befasst sich der vorliegende Beitrag mit den wichtigsten Ereignissen während und nach der Revolution sowie mit den wahrscheinlichsten zukünftigen Szenarien.

Mobilisierung und Gewaltlosigkeit jenseits aller Erwartungen

Die Welt zollte den Armeniern Beifall für den gewaltlosen Machtwechsel im April-Mai 2018, der als „Samtene Revolution“ oder auch als „Revolution der Liebe und Solidarität“ bekannt wurde.¹ Ohne dass auch nur ein einziger Schuss abgegeben wurde, übergab der ehemalige Präsident und seit kurzem Premierminister Sersch Sargsjan am 23. April 2018, zehn Jahre nachdem er an die Macht gekommen war, die Macht an Nikol Paschinjan. Paschinjan, ehemaliger Journalist, politischer Gefangener und später Parlamentsabgeordneter der Opposition, war ein außergewöhnlich charismatischer und talentierter Revolutionsführer. Wer hätte jemals geahnt, dass ein Protestmarsch des politisch unbedeutenden Paschinjan und einer Handvoll Demonstranten – ausgelöst durch

* Der vorliegende Beitrag gibt die persönlichen Ansichten der Autorin wieder und nicht diejenigen der Europäischen Union.

1 Vgl. The Prime Minister of the Republic of Armenia, Press releases, Prime Minister Nikol Pashinyan delivers speech at UN General Assembly, 26. September 2018, unter: <https://www.primeminister.am/en/press-release/item/2018/09/26/Nikol-Pashinyan-speech/>.

Sargsjans Kandidatur für das Amt des Premierministers, nachdem seine zweite Amtszeit als Präsident abgelaufen war² – in nur zwei Wochen und mit der finanziellen Unterstützung der armenischen Diaspora in aller Welt in eine beinahe totale Mobilisierung der Bevölkerung münden würde?

Die internationale Gemeinschaft war fraglos ebenso überrascht wie die alten Machthaber und höchst wahrscheinlich auch Paschinjan und seine engsten Unterstützer selbst. Die armenische Revolution übertraf in dieser Hinsicht sämtliche Erwartungen – sowohl was das Ausmaß der Mobilisierung, die gesellschaftliche Zusammensetzung und die geographische Ausdehnung der Protestbewegung, die sich über das ganze Land erstreckte und der sich viele Frauen und junge Leute angeschlossen hatten, anging, als auch was die Reaktion der herrschenden Elite betraf, die sich gegen die Anwendung von Gewalt entschieden hatte. Ob ihre Zurückhaltung dem bevorstehenden Gedenktag für die Opfer des Völkermordes am 24. April, der traditionell an die nationale Einigung erinnert, ihrem Unwillen, die Beziehungen zum Westen zu belasten, der deutliche Signale ausgesendet hatte, dass er die Anwendung von Gewalt nicht tolerieren würde,³ dem Ausbleiben klarer Ermutigung durch den wichtigsten strategischen Verbündeten des Landes, Russland,⁴ oder aber der Hoffnung, durch andere Kanäle ihre Macht erhalten zu können, geschuldet war – es kam zu keinem harten Durchgreifen gegen die Zehntausende von Demonstranten. Stattdessen trat Sargsjan friedlich zurück.

Die Situation in Armenien stand damit in krassem Gegensatz zu den Ereignissen, die sich ungefähr zur selben Zeit z.B. in Nicaragua abspielten, wo Massenproteste Präsident Daniel Ortega dazu veranlassten, ein Massaker an Hunderten friedlicher Demonstranten anzuordnen. Die jüngsten Ereignisse in Venezuela, wo das Regime von Präsident Nicolás Maduro zum Mittel der Gewalt griff, sowie die derzeitige Lage im Sudan, wo Militärs hart gegen demokratische Demonstranten in Khartum vorgingen und dabei Dutzende Menschen töteten, führen ebenfalls Armeniens Verdienst vor Augen, dass während der revolutionären Ereignisse von 2018 kein einziger Mensch sein Leben verloren hat. Die Demonstranten verhielten sich während der Protestmärsche durchweg friedlich und verwandelten sie in beinahe festliche Ereignisse, wobei einige der Wortführer der Bewegung angaben, sie seien von der Theorie und Praxis des gewaltfreien zivilen Ungehorsams, wie sie von Martin Luther King und Mahatma Gandhi gelehrt wurden, inspiriert worden – und das in Armenien,

2 Vgl. Richard Giragosian, Armenia 2018: Political Transformation & Transition, A Summary Political Assessment, RSC Regional Studies Center, Yerevan, Armenia, 22. Januar 2018, unter: https://regional-studies.org/images/pr/2018/january/22/RSC_Armenia_Political_Assessment_January_2018.pdf.

3 Vgl. Statement by the Delegation of the European Union and EU Member State Embassies in Armenia on recent political developments in Armenia, Eriwan, 19. April 2018, unter: https://eeas.europa.eu/delegations/rwanda/43169/statement-delegation-european-union-and-eu-member-state-embassies-armenia-recent-political_en.

4 Vgl. „Počemu Moskva dolžna vmešivat’sja?“ [„Warum sollte Moskau sich einmischen?“], Armenia Sputnik, 23. April 2019, unter: <https://ru.armeniasputnik.am/society/20180423/11635410/pochemu-moskva-dolzhna-vmeshivatsya-peskov-o-protestah-v-armenia.html>.

das auf eine Geschichte der gewaltsamen Auflösung von Kundgebungen und der Unterdrückung der Opposition zurückblickt. Das tragischste Ereignis dieser Art, das die armenische Gesellschaft noch immer nicht verarbeitet hat, geschah am 1. März 2008, als bei Straßenprotesten gegen die umstrittenen Wahlen, die Sargsjan erstmals an die Macht brachten, zehn Menschen infolge des harten Vorgehens der Regierung ums Leben kamen. Paschinjan war zu jener Zeit ein prominenter Oppositioneller und unterstützte Sargsjans Rivalen, Armeniens ersten Präsidenten, Lewon Ter-Petrosjan. Er wurde unter dem Vorwurf der Anstiftung zu Massenunruhen verurteilt und verbrachte zwei Jahre im Gefängnis. Die – für das kleine und vereinte Armenien extrem traumatische – Gewalt vom 1. März 2008 hatte auch bemerkenswerte politische Auswirkungen, die von vielen als der politische Preis für den Erhalt oder das Erlangen der Macht im Land angesehen wurden. Über viele Jahre gehörte dieser vorweggenommene „Preis“ zu den Faktoren, die jeglichen ernsthaften Versuch, die Öffentlichkeit für Veränderungen zu mobilisieren, zum Scheitern brachten.

Eine rein armenische Revolution

Beobachter anderer Revolutionen und Machtverschiebungen im postsowjetischen Raum mögen auch eine geopolitische Wende infolge der armenischen Revolution erwartet haben – schließlich ging es in Georgien und in der Ukraine ebenso wie in Moldau um die zukünftige „Richtung der Integration“. Korruption und mangelnder wirtschaftlicher Fortschritt wurden mit der Aufrechterhaltung enger Bindungen an Russland assoziiert, während eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) demokratische Reformen, größere Freiheiten und wirtschaftlichen Wohlstand versprach. Eine solche Trennung gab es in Armenien jedoch ebenso wenig wie Anzeichen für geopolitische Präferenzen – und es wurden auch keine ausländischen Flaggen gehisst. Die Menschen versammelten sich unter armenische Fahnen und vertraten eine rein innenpolitische Agenda – sie mobilisierten sich auf einer Antikorruptionsplattform und brachten dort ihre Empörung über eine Situation zum Ausdruck, in der der Reichtum des Landes in den Händen einiger weniger Privilegierter mit engen Verbindungen zur herrschenden Elite konzentriert war, während der Rest der Bevölkerung kaum über die Runden kam.⁵ „Demokratie ist für unsere Gesellschaft ein Wertesystem, eine innere Überzeugung, keine geopolitische

5 Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen gehörte Armenien 2018 zu den drei ärmsten Ländern Europas; vgl. Poorest Countries In Europe, Graphicmaps, unter: <https://www.graphicmaps.com/poorest-countries-in-europe> (zuletzt aktualisiert am 10. Oktober 2018). Armenien wies außerdem unter den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion eine der höchsten Raten bezüglich der Abwanderung von Fachkräften auf.

Orientierung“⁶ lautete die Botschaft, die Paschinjan stets an Armeniens internationale Partner aussandte.

Die Abwesenheit von EU-Flaggen ist möglicherweise damit zu erklären, dass es im Land keinen klaren Pro-EU-Diskurs gibt. Ein solcher Diskurs würde eine Alternative zu Armeniens strategischer Allianz mit Russland und seiner Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) darstellen. Das ist besonders interessant angesichts der Tatsache, dass Armenien 2013 unerwartet und praktisch in allerletzter Minute das vollständig ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU, einschließlich des Abkommens über die vertiefte und umfassende Freihandelszone (*Deep and Comprehensive Free Trade Area*, DCFTA), abgelehnt hat. Die Führer der Revolution wollten Russland in diesem Kontext bewusst nicht gegen sich aufbringen.

Andererseits war offensichtlich, dass Russland keinerlei Umwälzungen in Armenien aktiv unterstützen würde. Anders als von vielen erwartet entschied Russland sich auch nicht dafür, sichtbar einzugreifen, um die Revolution rückgängig zu machen, obwohl es vor Ort einen glaubwürdigen Kandidaten gegeben hätte. Trotz eines allgemeinen Unbehagens angesichts der revolutionären Veränderungen hat das Wissen um Armeniens unverminderte Abhängigkeit von Russland höchstwahrscheinlich zu dem überraschenden „Laissez-faire“ beigetragen. Russland hat sich entschieden, Armenien, das ihm im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken im Allgemeinen – trotz gelegentlicher Empörung über Waffenverkäufe an Aserbaidschan oder Fälle von gewalttätigem Auftreten der in Armenien stationierten russischen Soldaten – nach wie vor freundlich gesonnen ist, nicht zu verprellen. Es war auch in Russlands eigenem Interesse, keinen neuen Krisenherd in seiner Nachbarschaft zu schaffen und so Gefahr zu laufen, die Kontrolle über seinen Hauptverbündeten im Südkaukasus zu verlieren. Des Weiteren gab Moskau deutlich zu verstehen, dass es nicht hinnehmbar sei, die Situation an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan und an der Kontaktlinie zu Berg-Karabach während der Zeit innerer Instabilität in Eriwan zu verschärfen.

Eine weitere Erklärung könnte sein, dass Armenien im Gegensatz zu Moldau und der Ukraine eine ethnisch weitgehend homogene und auf der Grundlage nationaler Werte wie Sprache und Religion gefestigte Gesellschaft ist. Auch wenn Russisch als Zweitsprache weit verbreitet ist, gibt es im Land nur eine kleine russischsprachige Minderheit, die weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmacht.⁷ Die armenische Gesellschaft mag politisch und sozial gespalten sein, nicht aber ethnisch, was bedeutet, dass es nur eine sehr begrenzte

6 Democracy is value, not geopolitical orientation: Pashinyan tells Johannes Hahn, News.am, 29. Januar 2019, unter: <https://news.am/eng/news/493341.html> (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

7 Laut der armenischen Volkszählung von 2011 sprachen 23.484 Personen bzw. 0,8 Prozent der Bürger Armeniens Russisch als Muttersprache; davon waren 11.862 Armenier und 10.466 Russen, die übrigen 1.156 gehörten anderen Ethnien an. Vgl. Statistical Committee of the Republic of Armenia, The Results of the 2011 Population Census of the Republic of Armenia, S. 595, unter: <https://www.armstat.am/en/?nid=81&id=1512>.

Basis für die propagandistische Mobilisierung einer „verwandten“ Minderheit durch Russland als Patronagestaat gibt. Diese Faktoren haben wohl zur Konsolidierung der Massenbewegung unter patriotischen proarmenischen Slogans und zum Fehlen jeglichen Zugehörigkeitsgefühls zu einem Drittland beigetragen.

Die unerwarteten Früchte der Demokratie

Sersch Sargsjans Erwartungen hinsichtlich der Verfassungsänderungen von 2015 schienen sich nicht zu erfüllen. Die umfassende Reform transformierte Armenien von einer semipräsidentiellen in eine parlamentarische Republik und war nach Ansicht vieler eingeleitet worden, um Sargsjan die Möglichkeit zu geben, über seine zehnjährige Amtszeit als Präsident hinaus als Premierminister an der Macht zu bleiben.⁸ Selbst ein öffentliches Versprechen, den Posten als Premierminister nicht anzustreben, konnte die armenische Bevölkerung nicht vollends überzeugen – die Verfassungsänderungen wurden in einem nationalen Referendum im Dezember 2015 angenommen, jedoch nicht ohne eine erhebliche Zahl von Verstößen gegen das Wahlgesetz.⁹

In einem vielleicht als verzweifelter Versuch, an der Macht zu bleiben, wahrgenommenen Akt brach Sargsjan sein Versprechen und wurde am 17. April 2018 unter öffentlichen Protesten von dem von der Republikanischen Partei dominierten Parlament gewählt. Dies war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und die Samtene Revolution auslöste. Innerhalb von nur einer Woche wurde Sargsjan von der von Paschinjan geführten aufkeimenden Bewegung zum Rücktritt gezwungen. In einem System abgestufter Kontrolle über politische Akteure und Gruppen und geduldeter harmloser Proteste bleibt unbekannt, wieviel die Behörden von Paschinjans Plänen wussten und an welchem Punkt die Fehleinschätzung sie unumkehrbar machte.

Nur zwei Wochen nach Sargsjans Rücktritt wählte dieselbe Nationalversammlung auf der Grundlage derselben Verfassung Nikol Paschinjan – wenn auch erst im zweiten Anlauf, am 8. Mai 2018 – zum Interimspremierminister. Aus rechtlicher Sicht verlief alles demokratisch und im Einklang mit der geänderten Verfassung – derjenigen, die für Sersch Sargsjan ausgearbeitet worden war. Eine solche demokratische Kehrtwende hatte die Republikanische Partei ganz offensichtlich nicht erwartet. Wahrscheinlich wäre das nicht passiert, wenn Sargsjan nicht selbst zur Wahl angetreten wäre, sondern die Rolle des Premierministers dem damals amtierenden und eng mit Moskau verbundenen und in Berg-Karabach geborenen Premierminister Karen Karapetjan überlassen hätte,

8 Vgl. Zia Weise, Armenia's disputed move toward true democracy, Politico, 4. Juni 2018, unter: <https://www.politico.eu/article/armenia-true-democracy-disputed-move-eu-agreement-turkey/>.

9 Vgl. OSCE/ODIHR, Republic of Armenia, Constitutional Referendum, 6. December 2015, OSCE/ODIHR Referendum Expert Team, Final Report, Warschau, 5. Februar 2016, unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/220656>.

den er persönlich ausgewählt hatte. Relativ jung, charismatisch, erfahren und vom Kreml unterstützt schien Karapetjan populär genug und ideal positioniert, um den Weg langsamer und weitgehend imitatorischer Reformen, die dazu beigetragen würden, die relative Stabilität zu erhalten, fortzusetzen.

Am 9. Dezember 2018 fanden nach einem transparenten und demokratischen Prozess vorgezogene Parlamentswahlen statt. Paschinjans Allianz „Mein Schritt“ sicherte sich über 70 Prozent der Stimmen, während die Republikanische Partei es nicht einmal ins Parlament schaffte. Ironischerweise wäre die Hürde für den Einzug ins Parlament von fünf auf vier Prozent gesenkt worden und die Republikaner wären im Parlament vertreten gewesen, wenn sie nicht die von der Arbeitsgruppe der neuen Regierung vorbereiteten Änderungen, mit denen das Wahlgesetz glaubwürdiger, transparenter und demokratischer werden sollte, blockiert hätten.¹⁰ So aber hatten sie die Chance auf eine auch nur marginale Vertretung vertan.

Es steht außer Zweifel, dass das Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen den Willen des Volkes widerspiegelt, was auch von Beobachtern bestätigt wurde. Nach Angaben der Internationalen Wahlbeobachtungsmission (*International Elections Observation Mission*, IEOM) wurden die Wahlen „unter Achtung der Grundfreiheiten abgehalten und genossen das Vertrauen einer breiten Öffentlichkeit, das durch weitere Wahlreformen erhalten werden muss“.¹¹ Insgesamt waren die vorgezogenen Neuwahlen vom 9. Dezember im deutlichen Gegensatz zu allen früheren seit der Unabhängigkeit in Armenien durchgeführten Wahlen davon geprägt, dass es keinerlei Wahlfälschungen gab, die Wahlverwaltung gut funktionierte und die Wahlverfahren im Allgemeinen eingehalten wurden.¹² Dies markierte einen grundsätzlichen Wandel in der Wahlkultur Armeniens und brachte frischen Wind in die gesamte Innenpolitik. Auch wenn die Wahlgesetzgebung und die Wahlpraxis noch überarbeitungs- und verbesserungsbedürftig sind, war die Möglichkeit der freien Stimmabgabe, ohne Stimmenkauf oder andere Formen der Druckausübung wie in der Vergangenheit, für die Bürger und Bürgerinnen Armeniens erhebend und inspirierte die gesamte internationale Gemeinschaft.

Die aus 132 Abgeordneten bestehende Nationalversammlung unterscheidet sich hinsichtlich ihrer politischen Zusammensetzung erheblich von der vorhergehenden Legislaturperiode. 76,5 Prozent der Abgeordneten sitzen zum ersten Mal im Parlament, dem nur drei politische Gruppierungen angehören. Die

10 Vgl. OSCE/ODIHR, Republic of Armenia, Early Parliamentary Elections, 9 December 2018, ODIHR Election Observation Mission, Final Report, Warschau, 7. März 2019, S. 26, unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/armenia/413555>.

11 International Election Observation Mission, Republic of Armenia – Early Parliamentary Elections, 9 December 2018. Statement of Preliminary Findings and Conclusions, S. 1, unter: <https://www.osce.org/odihr/elections/armenia/405890>. Am Wahltag schlossen sich der Wahlbeobachtungsmission des BDIMR (*ODIHR Election Observation Mission*, EOM) Delegationen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und des Europäischen Parlaments an; gemeinsam mit der EOM bildeten sie die Internationale Wahlbeobachtungsmission (IEOM).

12 Vgl. ebenda.

größte von ihnen ist die Allianz „Mein Schritt“, die mit 88 Sitzen zwei Drittel der Abgeordneten stellt. Die Partei Blühendes Armenien gewann 26 Sitze (19,7 Prozent), die Partei Leuchtendes Armenien 18 Sitze (13,6 Prozent). 24 Prozent der Abgeordneten sind Frauen. In Übereinstimmung mit der Verfassung sind die vier größten nationalen Minderheiten mit jeweils einem Sitz im Parlament vertreten. Die Nationalversammlung bildete elf ständige Ausschüsse, von denen acht von Abgeordneten der Allianz „Mein Schritt“, zwei von Vertretern der Partei Blühendes Armenien und einer von einem Abgeordneten der Partei Leuchtendes Armenien geleitet werden. Eine noch nie dagewesene Zahl von Vertretern der Zivilgesellschaft sind nun Parlamentsmitglieder.¹³

Die Partei Blühendes Armenien, deren Gründer einer der reichsten Unternehmer des Landes ist, gehörte fast ein Jahrzehnt dem zuvor herrschenden Regime an, wechselte allerdings das Lager und unterstützte Paschinjan in einem entscheidenden Augenblick. Die Partei Leuchtendes Armenien, die ursprünglich mit Paschinjan verbündet war, stand ihm jedoch zu Beginn der Revolution nicht länger zur Seite und erntet nun – mit einer lediglich marginalen Vertretung im Parlament – die Früchte dieser Entscheidung. Beide Oppositionsparteien haben sich vorsichtig von den gestürzten Machthabern distanziert und beteuern ihre Loyalität gegenüber der Revolution. Dennoch könnten die ehemaligen Bindungen leicht wiederhergestellt werden, sobald Paschinjans Popularität sinkt. Gleichzeitig ist die regierende Allianz „Mein Schritt“ darum bemüht, sich als die politische Partei der „neuen Generation“ zu etablieren. In seiner Rede auf einem Parteikongress am 16. Juni 2019 erklärte Paschinjan, die Partei unterstütze keine der traditionellen politischen Ideologien, sondern lehne „Ismen“ ab, „weil es in der heutigen Welt keine verhärteten Ideologien mehr gibt [...] Im politischen Sinne sind wir nicht liberal, wir sind nicht zentristisch, wir sind keine Sozialdemokraten. Wir sind eine bürgerliche Partei. [...] Dies bedeutet, dass wir uns jenseits der ideologischen Standards positionieren und eine neue ideologische Ebene bilden, die sich auf vier Säulen stützt: Staatlichkeit, Staatsbürgerschaft, nationale Identität und Persönlichkeit.“¹⁴

Der Prozess, der den vorgezogenen Neuwahlen und der Bildung einer stabilen neuen Regierung (statt einer Interimslösung) und eines neuen Parlaments vorausging, kann trotz der Versuche des von der ehemaligen Regierungspartei dominierten Parlaments, die neue Regierung zwischen Mai und Dezember 2018 zu sabotieren, als ziemlich erfolgreich charakterisiert werden. Beispielsweise gab es am 2. Oktober 2018 einen Versuch, die bevorstehenden Neuwahlen zu torpedieren, bei dem die „alte Garde“ Ressourcen mobilisierte, um Paschinjan zu schwächen – ein Versuch, der schnell vereitelt wurde.¹⁵

13 Vgl. New Armenia's Parliamentarians, EVN Report, 13. Januar 2019, unter: <https://www.evnreport.com/politics/new-armenia-s-parliamentarians>.

14 Paschinjan erklärt Parteiideologie, veröffentlicht am 20. Juni 2019, Caucasus Watch, unter: <https://caucasuswatch.de/news/1744.html>.

15 Am 2. Oktober 2018 berief die seinerzeit noch immer von der Republikanischen Partei dominierte Nationalversammlung eine außerordentliche Sitzung ein und verabschiedete einen Gesetzentwurf, dem zufolge eine Sitzung der Nationalversammlung als unterbrochen gilt,

Die von der neuen Regierung geplanten demokratischen Reformen spiegeln sich in dem am 8. Februar 2019 verabschiedeten Fünfjahresprogramm der Regierung sowie in dem am 1. Juni 2019 angenommenen Fahrplan für die Implementierung des Abkommens zwischen der EU und Armenien über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft (*Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement*, CEPA) wider. Das im November 2017 unterzeichnete Abkommen wird von der neuen armenischen Regierung als Blaupause für Reformen anerkannt. Während Armeniens generelle geopolitische Orientierung sich durch die Revolution nicht verändert hat und Russland nach wie vor der wichtigste strategische Verbündete des Landes ist, gibt es dennoch zweifellos eine echte Offenheit für die Übernahme europäischer Werte und eine weitere Diversifizierung der Außenpolitik. Das Engagement für Europa hat sich über die Erwartungen hinaus verstärkt, bedenkt man die Enttäuschung von 2013.

Herausforderungen beim Demokratieaufbau

Die großen Erwartungen an die neue Regierung, insbesondere im Kampf gegen die Korruption und bei der Aufklärung und gerichtlichen Ahndung der oben erwähnten Ereignisse vom 1. März 2008, rasche Erfolge zu erzielen, erfüllten sich jedoch nicht so schnell wie geplant. Die unmittelbaren Maßnahmen zur Beseitigung der Korruption richteten sich gegen prominente Persönlichkeiten, gegen die Strafverfahren eingeleitet wurden und deren illegal erworbenes Vermögen zum Teil eingezogen und dem Staatshaushalt wieder zugeführt wurde – mit wechselndem Erfolg. Die Erkenntnis, dass es in diesem Kampf eines stärker institutionalisierten und systematischeren Vorgehens bedurfte, kam erst später und fand ihren Ausdruck in der im Herbst 2019 verabschiedeten Antikorruptionsstrategie, die eine Kommission zur Verhütung von Korruption und ein Antikorruptionsgericht vorsah. Während der Premierminister mit dem anfänglichen *Ad-hoc*-Ansatz mit Blick auf die stärkere Unterstützung durch die Bevölkerung punkten konnte, erforderte die systematische Bekämpfung die Einführung einer verschärften Gesetzgebung und geeigneter Institutionen zur Bewältigung der Korruption in allen Bereichen, einschließlich der Justiz. Die Untersuchung der gewaltsamen Vorfälle vom 1. März 2008 hatte für die neue Regierung oberste Priorität. Kurz nachdem sie an die Macht gekommen war, wurde im Sommer 2018 Haftbefehl gegen Armeniens zweiten Präsidenten Robert Kotscharjan erlassen, der daraufhin unter dem Vorwurf des Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung des Landes in Ausübung seines Amtes als Staatsoberhaupt in Untersuchungshaft genommen wurde. Bald wurde

wenn externe Kräfte die Sitzung verhindern. Premierminister Paschinjan forderte die Bevölkerung dazu auf, sich vor dem Parlamentsgebäude zu versammeln, und rief damit rasch mehrere tausend Demonstranten auf den Plan. Der Gesetzentwurf überdauerte das nicht und Minister, die Parteien angehörten, die für den Entwurf gestimmt hatten – Blühendes Armenien und die Armenische Revolutionäre Föderation-Daschnakutjun (ARF-D) – wurden umgehend entlassen.

klar, dass die zahlreichen rechtlichen, politischen und emotionalen Faktoren, die hier eine Rolle spielten, die Wirksamkeit dieser Maßnahme sowie den gewählten Zeitpunkt infrage stellten. Kotscharjan wurde daraufhin am 17. Mai 2019 freigelassen, nachdem der seinerzeit amtierende „Präsident“ der nichtanerkannten Republik Berg-Karabach Bako Sahakjan und sein Vorgänger Arkadi Ghukassjan eine Bürgschaft für ihn übernommen hatten. Kotscharjan war von 1994 bis 1997 Präsident der Republik Berg-Karabach, bevor er Präsident Armeniens wurde. Die Entscheidung, ihn freizulassen, erzürnte Nikol Paschinjan, der eine Rückkehr zu den revolutionären Mitteln des Widerstands forderte und die Bevölkerung dazu aufrief, alle Gerichtsgebäude im Land zu blockieren. Dieses Vorgehen sorgte für einen Aufschrei in der Zivilbevölkerung und der internationalen Gemeinschaft, offenbarte aber auch die inhärenten Probleme einer seit langem funktionsunfähigen, nicht reformierten und nicht zielgerichteten Justiz und die Schwierigkeit, diese Missstände zu beheben.

Die Krise führte schließlich zur Konzeptualisierung der längst überfälligen umfassenden Justizreform, zu der auch die Überprüfung der Integrität der Richter gehört. Sie zeigte jedoch auch die Grenzen des verfassungsrechtlichen Spielraums für die Verfolgung bestimmter ehrbarer Ziele im Justizbereich auf. Außerdem ermöglichte sie es der Opposition, sich um die Person Kotscharjans zu konsolidieren und dem Premierminister vorzuwerfen, einen persönlichen Rachefeldzug zu führen (Kotscharjan wurde kurz drauf erneut verhaftet). Darauf folgende Versuche, die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts dadurch zu ändern, dass man die Entlassung derjenigen Richter vorschlug, die unter dem alten Regime ernannt worden waren, warfen bei internationalen Organisationen Fragen auf und offenbarten Lücken in der Kommunikationsstrategie der Regierung. Gleichzeitig verschlechterten sich auch die Beziehungen der Regierung zur Elite Berg-Karabachs sowie diejenigen zwischen Armenien und Russland (Kotscharjan gilt als Freund des russischen Präsidenten). Zusätzlich begannen rechtsextreme Gruppen sich zu Wort zu melden und versuchten die Regierung zu untergraben, indem sie sich konservative, männlich-chauvinistische und homophobe Ressentiments in der Gesellschaft zunutze machten. Trotz einiger Fehleinschätzungen und verspäteter Reaktionen genießt Nikol Paschinjan jedoch auch eineinhalb Jahre nach seinem Regierungsantritt noch immer die breite, wenn auch abnehmende Unterstützung der Öffentlichkeit.¹⁶ Wohin er auch immer geht, wird er von Menschen umringt, die ihm Respekt und Anerkennung zollen. Jedoch wirft die Last der Probleme, die die neue Re-

16 Paschinjan musste zwei schwere Schläge hinnehmen: In den Regionen verlor seine Partei zunächst am 23. September 2018 die Kommunalwahlen in Kapan und später am 13. Juni 2019 diejenigen in Abowjan, wo die Republikanische Partei und die Partei Blühendes Armenien ihre jeweilige Machtposition behielten. Paschinjan erklärte dies jedoch zu einem Triumph der Demokratie und stellte die Resultate nicht in Frage. Eine vor Kurzem vom Centre for Insights in Survey Research durchgeführte Meinungsumfrage belegt seine Popularität auch weiterhin; vgl. International Republican Institute (IRI), Center for Insights in Survey Research, Public Opinion Survey: Residents of Armenia, July 23-August 15, 2018, S. 49, unter: https://www.iri.org/sites/default/files/2018.10.9_armenia_poll_presentation.pdf.

gierung geerbt hat – darunter die Herausforderungen verantwortungsvoller Regierungsführung, die schwache Wirtschaftsleistung, die Abwanderung von Fachkräften, externe regionale Interessen sowie insbesondere der ungelöste Konflikt um Berg-Karabach –, ernste Fragen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Errungenschaften der einzigartigen und beeindruckenden armenischen Revolution und ihrer Auswirkungen sowohl auf die innere als auch auf die äußere Sicherheit und Stabilität auf. In Verbindung mit den außergewöhnlich hohen Erwartungen der Bürger hinsichtlich der Verbesserung ihrer persönlichen Situation setzt all dies die neue Regierung unter extremen Druck, in einer unbeständigen Situation, die von Stabilität weit entfernt ist, die Erwartungen an allen Fronten zu erfüllen.

Demokratie versus Stabilität

Die Angst, Unruhe in ein ohnehin durch einen Langzeitkonflikt geschwächtes Land zu bringen, wurde von den früheren Regierungen bewusst kultiviert, indem sie der Bevölkerung den Gedanken einimpften, dass Demokratie und Stabilität sich gegenseitig ausschließen, wobei Letztere zu einem Synonym für Sicherheit wurde. Der Erfolg beim Aufbau von Stabilität schien unbestreitbar, da die tief verwurzelte Korruption die eng verflochtene armenische Gesellschaft in gewisser Weise konsolidiert hatte. Gleichzeitig wurden die Pro-forma-Demokratie und die ebensolche Meinungsfreiheit aufrechterhalten, sodass es auch gelegentlich die Möglichkeit gab, „Dampf abzulassen“, was wiederum größere Ausbrüche öffentlichen Unmuts verhinderte. Selbstredend gewährleistete die fast vollständige Kontrolle nicht nur der Exekutive, sondern auch der Judikative und der Legislative durch die Regierungspartei einen beinahe bedingungslosen Gehorsam. Darüber hinaus führte die weit verbreitete Armut dazu, dass das tägliche Überleben für die Mehrheit der Bürger die größte Sorge war; die Obrigkeit infrage zu stellen spielte nur eine untergeordnete Rolle. Vor diesem Hintergrund gediehen weit verbreitete Korruption und Geldwäsche; die Auswanderung wurde zum bevorzugten Mittel, der Ungleichheit und Verzweiflung sowie der Wehrpflicht unter den Bedingungen eines ungelösten Konflikts zu entfliehen.

Tatsächlich stützte sich Sersch Sargsjans Hauptargument dafür, nach der Verfassungsänderung für den Posten des Premierministers zu kandidieren und damit sein früheres Versprechen zu brechen, sich nicht zur Wahl zu stellen, auf seine langjährige Erfahrung als Verhandlungsführer in den Gesprächen mit Aserbaidschan, die Aufrechterhaltung der Sicherheitspartnerschaft mit Russland und seine persönlichen Verbindungen mit Karabach. Wenn er nicht mehr die Verhandlungen führen würde, so sein Argument, wäre Krieg unvermeidlich, da ihn niemand ersetzen könne.

Die ehemaligen Machthaber unterhalten ebenfalls enge persönliche und angeblich auch geschäftliche Beziehungen mit Russland – dem einzigen Garanten

„harter“ Sicherheit für das verwundbare Armenien. Mit einem wichtigen Militärstützpunkt in Gjumri übt Russland die Kontrolle des armenisch-iranischen Abschnitts der armenischen Staatsgrenze aus, unterhält Beobachtungsposten entlang der geschlossenen Grenze zur Türkei, führt gemeinsam mit Armenien die Grenzkontrollen am internationalen Flughafen Swartnoz durch und ist an wichtigen Infrastruktur- und Energieunternehmen beteiligt. Der Grad der Verflechtung mit Russland hat noch zugenommen, seitdem Armenien der EAWU beigetreten ist.

Russland hat jedoch nicht nur Sicherheitsgarantieren für Armenien übernommen, sondern gleichzeitig auch versucht, seine eigene politische Kultur zu exportieren. Es wurde erwartet, dass demokratische Freiheiten und Menschenrechte in Armenien möglicherweise um der Stabilität willen geopfert würden, und schürte gleichzeitig das Empfinden, dass es notwendig sei, angesichts der von Aserbaidschan ausgehenden unmittelbaren Gefahr gerechtfertigte Opfer zu bringen. Die Ereignisse von April bis Mai 2018 zeigten jedoch, dass die armenische Bevölkerung die Art von Stabilität, die man ihr anbot – vorhersehbare Armut, Ungleichheit und prosperierende Korruption –, nicht wollte. Die Demonstranten waren sich der möglichen Sicherheitsrisiken einer Revolution, dass nämlich Aserbaidschan den Moment politischer Instabilität für einen Angriff nutzen könnte, durchaus bewusst. Doch selbst das konnte sie nicht davon abhalten, gegen die Ungerechtigkeiten des existierenden Systems aufzubegehren. Wie sich herausstellte, konnte zumindest für ein Jahr nach der Revolution die relative Stabilität aufrechterhalten und wohl sogar gefestigt werden, wenn man sich die lange Ruheperiode an der Kontaktlinie zwischen Mai 2018 und Mai 2019 vor Augen führt.

Der Vier-Tage-Krieg im April 2016, mit dem Aserbaidschan versuchte, eine Lösung der Karabach-Frage auf militärischem Wege zu erzwingen, förderte ernsthafte Probleme in der armenischen Armee zutage, offenbarte ihre mangelnde Vorbereitung und forderte zahlreiche Opfer (dies wird derzeit von einem 2019 eingerichteten parlamentarischen Ad-hoc-Ausschuss untersucht, der diesen Ereignissen nachgehen soll – ein beispielloser Schritt in der jüngeren Geschichte Armeniens). Er löste aber auch eine heftige Welle des Misstrauens und der Verdächtigungen in der Gesellschaft hinsichtlich des Inhalts der von Präsident Sargsjan persönlich geführten vertraulichen Friedensverhandlungen aus, die sowohl vor als auch nach dem Krieg vom April 2016 eine „zu dünne Basis für einen stabilen und dauerhaften Friedensprozess“¹⁷ darstellten. Auch wenn der Krieg das Argument der herrschenden Elite, es bedürfe einer starken Führung, um einen weiteren Angriff zu verhindern, untermauerte, war die Glaubwürdigkeit der Verhandlungsführer und der Anbieter von Sicherheitsgarantien erschüttert und die Verhandlungen wurden von einigen Teilen der Bevölkerung als defätistisch betrachtet.

17 Hans-Joachim Schmidt, Der Kurzkrieg in Berg-Karabach erschwert eine friedliche Lösung, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2016, Baden-Baden 2018, S. 125-138, hier: S. 137-138.

Diese Gefühle fanden nach dem Aprilkrieg im Sommer 2016 ihren Ausdruck in der „Geiselkrise“, bei der eine extrem antirussische, nationalistische und radikale Gruppierung, die sich „Draufgänger von Sasun“ (*Sasna Zrer*) nannte, eine Polizeistation besetzte und mehrere Geiseln nahm.¹⁸ Der Vorfall dürfte vielen Angehörigen mächtiger Kreise in Armenien die Zerbrechlichkeit des inneren Friedens vor Augen geführt haben und zeigte, dass eine Stabilität des „eisernen Griffs“ nicht tragfähig war und in Ermangelung demokratischer Legitimität leicht erschüttert werden konnte. Paradoxerweise führte das sich zusammenbauende Protestpotenzial trotz der Tatsache, dass die Ablehnung von Gewalt in der armenischen Gesellschaft generell einen Wert darstellt, der von allen getragen wird, dazu, dass den Bewaffneten von der Öffentlichkeit große Sympathie entgegengebracht wurde.

Nach der Revolution gründete *Sasna Zrer*, noch während viele ihrer führenden Mitglieder vor Gericht standen, sich aber nicht mehr in Haft befanden, im Vorfeld der für den 9. Dezember 2018 angesetzten vorgezogenen Neuwahlen eine politische Partei, die jedoch die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden konnte. Ihre Agenda, die die fast vollständige Kriminalisierung der ehemaligen Elite und die weitere Militarisierung Armeniens zur Vorbereitung auf einen Krieg forderte und umfangreiche territoriale Ansprüche stellte, fand im Rahmen der „Revolution der Liebe“ nicht genügend Resonanz. Die Illegitimität des früheren Regimes wurde jedoch nicht in Frage gestellt.

Demokratie: Sicherheitsgarantie oder Instabilitätsfaktor?

Ob eine fragile Demokratie in Armenien in einem komplexen nationalen, regionalen und globalen Kontext überleben und gedeihen kann, ist eine Frage, die erst im Laufe der Zeit beantwortet werden kann.

Die neue Regierung hat einen anderen Sicherheitsansatz. Premierminister Pashinyan stellte kürzlich in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 4. März 2019 fest: „[...] Demokratie ist für uns nicht nur eine von vielen möglichen Optionen. Sie ist für uns vielmehr eine Frage der Sicherheit. Wir glauben, dass es für unser Volk und unsere politische Kultur zutreffend ist, wenn wir behaupten, dass Demokratie stärkere und effizientere wirtschaftliche und politische Institutionen hervorbringen wird, die eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des Landes sind.“¹⁹

Parallel zu seiner Vision von Sicherheit und Entwicklung durch Demokratie versicherte Armenien Russland gegenüber, dass es keine größeren Veränderungen in seiner Außenpolitik plane, was bedeutet, dass Armenien Russland

18 Vgl. Armenia protesters, police clash over hostage crisis continues, in: Al Jazeera, 21. Juli 2016, unter: <https://www.aljazeera.com/news/2016/07/armenia-protesters-police-clash-hostage-crisis-160721052049006.html>.

19 The Prime Minister of the Republic of Armenia, Foreign visits, RA Prime Minister Nikol Pashinyan's Visit to Brussels, 4.-5. März 2019, unter: <https://www.primeminister.am/en/foreign-visits/item/2019/03/04/Nikol-Pashinyan-visit-to-Brussels/>.

nach wie vor als seinen wichtigsten strategischen Partner betrachtet und auch seine Mitgliedschaft in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der EAWU nicht in Frage stellt. Das mag manchem als ein Widerspruch erscheinen und hat in Russland natürlich Misstrauen hervorgerufen und auch bei anderen Partnern, die skeptisch sind, ob Armeniens demokratische Bestrebungen mit der Mitgliedschaft in den genannten Organisationen vereinbar sind, für Stirnrunzeln gesorgt.

Trotz Russlands zunächst abwartender Haltung und der Versuche Paschinjans, harmonische Beziehungen mit Präsident Wladimir Putin zu demonstrieren, wurden im Sommer 2018 erste Risse sichtbar. Im Juli 2018 wurde gegen den Generalsekretär der OVKS Juri Chatschaturow, der 2008 Generalstabschef der armenischen Streitkräfte gewesen war, Anklage im Zusammenhang mit den gewaltsamen Zusammenstößen erhoben, zu denen es am 1. März 2008 nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen gekommen war und die zehn Todesopfer gefordert hatten. Die Anklage wurde ohne jede Vorwarnung über diplomatische Kanäle erhoben und als Schlag gegen das Ansehen der Organisation gewertet, woraufhin Russlands Außenminister Sergei Lawrow eine entsprechende Erklärung abgab,²⁰ was schließlich dazu führte, dass Armenien (das einen anderen Generalsekretär ernennen wollte) kaltgestellt und Chatschaturow durch einen Belarussen ersetzt wurde. Die armenische Seite hatte einiges zu erklären, um Moskau davon zu überzeugen, dass die Anklage gegen Chatschaturow ebenso wie diejenige gegen Kotscharjan eine rein innerarmenische Angelegenheit seien und unter keinen Umständen die bilateralen Beziehungen beschädigen sollten. Die Atmosphäre ist nach wie vor angespannt und Russland zeigt Anzeichen von Missbilligung. In diesem Zusammenhang haben einige der kühnen Maßnahmen der neuen Regierung, darunter diejenigen, die sicherstellen sollen, dass im Falle der Ereignisse vom März 2008 Gerechtigkeit hergestellt wird, und solche, die der Aufklärung von Korruptionsfällen (u.a. in einer in russischem Besitz befindlichen Eisenbahngesellschaft) dienen sollen, die Beziehungen zwischen Armenien und seinem wichtigsten Sicherheitspartner nicht eben gestärkt.

Vieles spricht dafür, dass es dem Kreml vor allem um die Frage geht, ob Armeniens Demokratie Russlands vitalen strategischen Interessen im Land und in der Region, insbesondere den militärischen und wirtschaftlichen, schadet. Solange diese Interessen gewahrt bleiben und Armeniens Demokratie unter Kontrolle gehalten wird, ist die Art des politischen Regimes zweitrangig. Sobald diese Interessen jedoch bedroht sind oder Armenien versucht, seine Souveränität zu stärken und damit Russlands Kontrolle schwächt, wird sich Moskaus Haltung unweigerlich ändern – und das zeichnet sich bereits ab. Ein Indiz dafür ist die Erhöhung des Gaspreises für Armenien um zehn Prozent ab 2019.

20 Vgl. Russia Claims Political Motives In Armenian Charges Against Ex-Leaders, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, 1. August 2018, unter: <https://www.rferl.org/a/lavrov-russia-concerned-armenian-arrest-former-pro-moscow-leaders-kocharian-khachaturov-pashinian/29402249.html>.

Im Zusammenhang mit innenpolitischen Reformen und wirtschaftlicher Prosperität ist Demokratie wohl eine notwendige Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit der armenischen Gesellschaft. In dem instabilen regionalen Kontext und vor dem Hintergrund der Abhängigkeit Armeniens von Russland reicht sie jedoch bislang nicht aus, um das gewünschte Sicherheitsniveau zu erreichen.

Demokratie und die Aussicht auf Frieden ... oder Krieg?

Nikol Paschinjan bezeichnete die armenische Revolution als „einen Triumph der Romantik über den Pragmatismus“.²¹ Inwiefern Romantik Sicherheit – sowohl die innere als auch die äußere – gewährleisten kann, wird derzeit in Armenien vor dem Hintergrund des ungelösten Konflikts getestet. Angesichts systemimmanenter und tief verwurzelter Probleme ist es ein kühnes Experiment, tiefgreifende interne Veränderungen auf den Weg zu bringen wie die Beseitigung der systemimmanenten Korruption, die Reform der Justiz, die Förderung der Wirtschaft, die Einwerbung von Investitionen, den Schutz der Menschenrechte – und sich der Welt zu öffnen. Der Einsatz und die Risiken sind noch ungleich höher, wenn Entscheidungen im Bereich harter Sicherheit, namentlich im Berg-Karabach-Konflikt, von Romantik geleitet werden.

Die Beziehungen zum benachbarten Aserbaidschan haben sich seit der Zeit, als die Feindseligkeiten sogar den Einsatz der OSZE in Armenien beeinträchtigt haben, nicht sehr verändert. „Die Bevölkerung auf den Frieden vorbereiten“ ist oberflächlich zum neuen Schlagwort²² der Karabach-Verhandlungen geworden. Der tatsächliche Stand der Dinge lässt jedoch vermuten, dass es möglicherweise nicht ausreicht, das politische System und die politische Kultur auf einer Seite zu verändern, um Frieden und Stabilität zu erreichen. In Armenien ist das Umfeld nach wie vor hochgradig militarisiert; Aserbaidschan ist noch immer darüber frustriert, dass Paschinjan darauf beharrt, Karabach eine unabhängige Stimme in den Verhandlungen zu geben; es gibt keine konkreten Schritte in Richtung auf die von Aserbaidschan erwarteten territorialen Zugeständnisse von Seiten Armeniens; und an der Kontaktlinie kam es zu einer Eskalation der Gewalt, in deren Verlauf auf beiden Seiten Soldaten den Tod fanden. Im Gegenteil: Das, was die neue armenische Regierung als einen auf demokratischer Logik beruhenden Schritt betrachtet – nämlich die Einbeziehung Berg-Karabachs in die Verhandlungen –, ist für Aserbaidschan, das die dortigen *De-facto*-Behörden nicht als legitime Gesprächspartner anerkennt, ein No-Go.

21 „Armenian revolution was romanticism’s triumph over pragmatism“ – Pashinyan, Armenpress, 7. Mai 2019, unter: <https://armenpress.am/eng/news/973968.html>.

22 Joshua Kucera, Armenia and Azerbaijan agree to „prepare populations for peace“, Eurasianet, 17. Januar 2019, unter: <https://eurasianet.org/armenia-and-azerbaijan-agree-to-prepare-populations-for-peace>.

Armeniens Premierminister erklärte kürzlich, er würde sich wünschen, dass die endgültige Lösung des Konflikts „für die Menschen in Armenien, die Menschen in Karabach und die Menschen in Aserbaidschan akzeptabel“²³ ist, und rief Aserbaidschans Präsidenten Ilham Alijew dazu auf, die gleiche Erklärung abzugeben. Von Alijew kam jedoch keine vergleichbare Äußerung. Aus armenischer Sicht erschwert dies die Verhandlungen, da es auf eine eher enge Auslegung der Madrider Prinzipien durch Aserbaidschan hindeutet,²⁴ bei der wiederum das Prinzip der territorialen Integrität als oberste Priorität herausgehoben wird. In der Tat strebt Armenien eine gemeinsame Interpretation der Madrider Prinzipien an, die den Verhandlungsraum und die Vielzahl der Optionen definiert, die er potenziell anbieten könnte – die internationale Anerkennung Berg-Karabachs oder dessen vollständige Wiedereingliederung in Aserbaidschan sind nur zwei der denkbaren Ergebnisse, und auch die radikalsten.

Die meisten Nachbarn Armeniens (Aserbaidschan, Iran und die Türkei) streben keine Demokratisierung an, die einzige Ausnahme ist Georgien. Was Berg-Karabach betrifft, so bleibt es vage, wie weit sich die *De-facto*-Entität mit der armenischen Revolution identifiziert; gleichzeitig zeichnet sich eine Spaltung in „wir“ und „sie“ ab. Tatsächlich stellt das politische System in Berg-Karabach in den Worten Aleksey Antimonovs eine „militarisierte soziale Demokratie“ dar,²⁵ die dank armenischer Subventionen überlebt. Offiziell werden mindestens 4,5 Prozent des armenischen Staatshaushalts für Berg-Karabach bereitgestellt, wobei der tatsächliche Umfang wahrscheinlich wesentlich höher ist.²⁶ Daran hat sich seit der Revolution nichts geändert, und es ist trotz der offensichtlichen Vorteile des Friedens, die von Wissenschaftlern hervorgehoben werden, auch unwahrscheinlich, dass sich daran etwas ändern wird. So heißt es in einer wissenschaftlichen Studie:

„Bei den öffentlichen Finanzen würden sowohl Armenien als auch Aserbaidschan von größeren Einsparungen bei den konfliktbezogenen *Steuer- ausgaben* erheblich profitieren. Die Militärausgaben könnten in beiden Ländern um 2% des jährlichen BIP auf ein Niveau gesenkt werden, das

23 The Prime Minister of the Republic of Armenia, Press releases, 7. April 2019, unter: <https://www.primeminister.am/en/press-release/item/2019/04/07/Erkrpah/>.

24 Die „*Basic*“ oder „*Madrid Principles*“ wurden dem armenischen und dem aserbaidschani- schen Außenminister erstmals im November 2007 auf dem OSZE-Ministerratstreffen von Madrid vorgestellt. Im Juli 2009 hoben die damaligen Staatsoberhäupter der drei Ko-Vor- sitzländer der Minsker Gruppe der OSZE, US-Präsident Barack Obama, Russlands Präsi- dent Dmitri Medwedew und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, im Rahmen des G8- Gipfeltreffens in L’Aquila, Italien, in einer gemeinsamen Erklärung die sechs wichtigsten der Prinzipien hervor und forderten die Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans, Sersch Sargsjan und Ilham Alijew, dazu auf, „die wenigen zwischen ihnen noch bestehenden Dif- ferenzen beizulegen und ihre Übereinkunft über diese Grundprinzipien zum Abschluss zu bringen [...]“. OSCE, Press Release, Statement by the OSCE Minsk Group Co-Chair coun- tries, L’Aquila, 10. Juli 2009, unter: <https://www.osce.org/mg/51152>.

25 Aleksey Antimonov, Nagorno-Karabakh’s militarised social democracy, *OpenDemocracy*, 5. Februar 2018, unter: <https://www.opendemocracy.net/en/odr/nagorno-karabakh-s-militarised-social-democracy/>.

26 Vgl. ebenda.

mit anderen Ländern im Frieden vergleichbar ist. Zusätzlich könnte Armenien jährliche Ausgaben in Höhe von 0,9% des BIP für die Unterstützung der lokalen Wirtschaft in Berg-Karabach und 0,1% des BIP für Zinszahlungen und damit insgesamt 3% des BIP pro Jahr einsparen. Aserbaidschan könnte schließlich Ausgaben für die Unterstützung von Vertriebenen in Höhe von 0,4% des jährlichen BIP einsparen und damit die Gesamtausgaben um 2,4% des BIP pro Jahr senken. Solch große Steuereinsparungen würden es beiden Ländern ermöglichen, ihr Haushaltsdefizit drastisch zu reduzieren und gleichzeitig die Ausgaben in sozial wichtigen Bereichen wie Bildung oder Gesundheit erheblich zu erhöhen, indem der gegenwärtige Druck auf den Haushalt beseitigt wird.“²⁷

Die notwendigen Voraussetzungen für ein solches Szenario sind derzeit jedoch nicht gegeben. Trotz der gelegentlichen optimistischen Rhetorik, die im Anschluss an einige der Treffen des Staats- bzw. Regierungschefs und der Außenminister die Medien erreichte, und trotz der 2019 gestarteten zwischenstaatlichen Initiative eines Journalistenaustauschs, bei dem Gruppen von Journalisten beider Ländern gegenseitig Besuch abstatteten, sind einige Verteidigungsexperten in ihrer Einschätzung der Fortschritte im Berg-Karabach-Konflikt auf dem Weg zu einem wie auch immer gearteten Kompromiss eher pessimistisch – von einer vollständigen politischen Lösung des Berg-Karabach-Konflikts ganz zu schweigen.²⁸

Ob dem die Vorbereitung einer Versöhnung „von unten nach oben“ vorausgehen kann, ist eine andere Frage. Die armenische Position, die eigene Bevölkerung durch den Anstoß einer öffentlichen Debatte und deren Einbeziehung in die politische Entscheidungsfindung auf den Frieden vorzubereiten, deutet darauf hin, dass ein ähnliches paralleles Vorgehen in Aserbaidschan erwartet, jedoch als eine ziemlich ferne Perspektive empfunden wird.

Was die Normalisierung der Beziehungen zur Türkei anbelangt, so wurden in den vergangenen zwei Jahren nur langsame Fortschritte erzielt, die generell auch nicht vom Demokratiedebau in Armenien abhängen.

Wie stabil ist Armeniens Demokratie?

Wie nachhaltig die Errungenschaften der armenischen Revolution sein werden, hängt davon ab, wie erfolgreich (und wie schnell) die Regierung die hohen

27 David Saha/Ricardo Giucci/Matthias Lücke/Robert Kirchner/Veronika Movchan/Georg Zachmann, *The economic effect of a resolution of the Nagorno-Karabakh conflict on Armenia and Azerbaijan*, Berlin 2018, S. 2, unter: https://berlin-economics.com/wp-content/uploads/The_Economic_Effect_Of_A_Resolution_Of_The_Nagorno-Karabakh_Conflict.pdf (Hervorhebung im Original).

28 Vgl. Leonid Nersisyan, *Can the South Caucasus Conflicts Escalate into a Regional War?* RIAC, 25. Juni 2019, unter: <https://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/columns/military-and-security/can-the-south-caucasus-conflicts-escalate-into-a-regional-war/>.

Erwartungen der Öffentlichkeit erfüllen kann und wie gut sie ihre innenpolitische und internationale demokratische Legitimität bewahren kann. Die Bevölkerung erwartet an erster Stelle spürbare Resultate in Form von größerem Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Das wird jedoch nur erreicht werden können, wenn in allen politischen Bereichen tiefgreifende Strukturreformen durchgesetzt werden. Solche Reformen sind komplex und zeitaufwendig; sie erfordern großen politischen Willen seitens der Regierung und viel Geduld seitens der Bürger. Was die Wahrung der demokratischen Legitimität betrifft, so ist diese von größter Bedeutung, um die Unterstützung zahlreicher internationaler Partner und Geber Armeniens sicherzustellen. Eine noch schwierigere Aufgabe besteht jedoch darin, einen Mentalitätswandel in der breiten Öffentlichkeit herbeizuführen, demokratische Werte in den Herzen und Köpfen der Menschen zu festigen und eine Gesellschaft aufzubauen, die sich zu Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung bekennt, sowie einen Staat mit tragfähigen Institutionen, die auch Führungs- und Regierungswechsel überstehen.

Ein Erfolgsszenario für Armenien würde somit darin bestehen, das gesamte aus der Vergangenheit übernommene Regierungssystem unverzüglich gründlich zu reformieren – ein System, das von Korruption, Selbstbereicherung von Personen des öffentlichen Lebens, mangelnder Trennung von Wirtschaft und Politik, Vetternwirtschaft und Monopolisierung, Straflosigkeit und der Verarmung großer Teile der Bevölkerung geprägt – kurz: ein „vereinnahmter Staat“ – ist. Der starke Wunsch, diesen zu beseitigen, war von Beginn an die erklärte Priorität der Regierung – und der wichtigste Mobilisierungsfaktor für die Massenproteste. Es gibt noch immer öffentliche Unterstützung für Paschinjan, wobei die wahrgenommenen Verbesserungen im Alltag der Menschen jedoch eher psychologischen als wirtschaftlichen Faktoren zu verdanken sind. Dennoch: Der politische Wille, die Reformen fortzusetzen, die Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen des CEPA zu vertiefen, den CEPA-Fahrplan gewissenhaft umzusetzen und die Unterstützung internationaler Geber für den Reformprozess, einschließlich der höchstsensiblen Reform des Sicherheitssektors, optimal zu nutzen, ist noch immer vorhanden. Die Versprechen wahrzumachen, ohne vom Kurs abzuweichen und ohne der Versuchung zu erliegen, einige der Reformen hinauszuzögern, um die öffentliche Unterstützung nicht zu verlieren, ist der einzige Weg nach vorn. Das zu schaffen, würde jedoch einen schwierigen Balanceakt mit Russland ebenso erfordern wie die Kunst, es zu vermeiden, den Gegnern von Liberalismus und Demokratie Gründe dafür zu liefern, die Regierung zu kritisieren und zu untergraben. Anlass zur Kritik sollte auch vermieden werden, wenn es darum geht, seinen proklamierten demokratischen Prinzipien im Konflikt mit dem Verfassungsgericht treu zu bleiben, die nahezu unwiderstehlichen politischen Vorteile nicht zu missbrauchen, von Aktionen abzusehen, die internationale Organisationen aufhorchen lassen könnten, sowie Professionalität zu demonstrieren und diese strategisch zu kommunizieren.

Jede andere Vorgehensweise würde zu einem Rückschlag für die Demokratie führen, zum Verlust der internationalen Legitimität und dazu, sowohl im Land selbst als auch international in Ungnade zu fallen. Ursachen dafür wären das Scheitern des Reformprozesses, die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit angesichts des Ausbleibens sichtbarer Verbesserungen, Anzeichen dafür, dass man entweder in die Falle der Günstlingswirtschaft oder der Politisierung der verschiedenen Bereiche der staatlichen Gewalt gerät, die politische Verfolgung der Gegner oder Versuche, diese zum Schweigen zu bringen, ein Gesichtsverlust in den Augen der internationalen Gemeinschaft, namentlich des Europarats, der EU und anderer, Uneinigkeit innerhalb der regierenden Allianz und deren letztendliche Spaltung sowie die Formierung einer stärkeren demokratischen Opposition, z.B. unter Führung der Partei Leuchtendes Armenien. Dies wäre immer noch keine Bedrohung für die demokratische Ordnung Armeniens als solche, könnte aber möglicherweise andere Oppositionskräfte hervorbringen, die die Allianz „Mein Schritt“ herausfordern und schließlich die Macht übernehmen könnten.

Aber auch düsterere Szenarien sind nicht auszuschließen. Die zurzeit unbedeutenden national-konservativen Kräfte könnten möglicherweise ihre Position stärken und den derzeitigen Premierminister von der Macht verdrängen; allerdings müsste dafür etwas sehr Gravierendes geschehen, z.B. massive und unrechtmäßige Repressionen gegen ihre Führer, die öffentlich missbilligt werden. Wie die ersten 18 Monate der Regierung Paschinjan gezeigt haben, haben die Methoden der radikalen Rechten in Armenien (offenes Schikanieren von Angehörigen der *LSBTI-Community* und sogar physische Gewalt gegen sie, weitverbreitete Hasssprache, Verbreitung von *Fake News* und Falschinformationen) im Großen und Ganzen keinen echten Einfluss auf den politischen Prozess. Sollten solche Kräfte jedoch von außen unterstützt und finanziert werden und gleichzeitig andere der obengenannten Faktoren auftreten, könnte sich die Situation ändern.

Die Aussicht, dass die Republikanische Partei wieder an die Macht kommt und die demokratische Ordnung im Land in Frage stellt, kann ebenfalls nicht völlig ausgeschlossen werden, ist aber eher unwahrscheinlich, da ihre Möglichkeiten, die dafür notwendige Unterstützung durch die Öffentlichkeit zu mobilisieren, trotz ihrer Beziehungen zur Wirtschaft und ihres fortbestehenden Einflusses auf die Medien praktisch gleich null sind.

Armeniens Demokratie könnte möglicherweise von außen herausgefordert oder unter Druck gesetzt werden, sollte sich die Situation in der Region verschlechtern. Ob eine demokratische Gesellschaft einen hohen Militarisierungsgrad aufrechterhalten kann, bleibt eine offene Frage. Im Moment scheint Armenien unter der Führung seines Premierministers trotz zahlreicher interner und externer Herausforderungen in dem schmerzhaften Prozess demokratischer Transformation sein Bestes zu geben – einem Prozess, der unumkehrbar geworden zu sein scheint.